FREITAG, 25. JUNI 2010 NR. 25 52. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Testament?
Erbvertrag?
Stiftungen?
Hausverkauf?

Wichtige Fragen und Probleme, die gerne verdrängt, aber bei klarer Sicht der Dinge gelöst und entschieden werden sollten.
Fragen Sie uns – seit 1980 sind wir für unsere Klienten da

Dr. iur. Michael E. Dreher, MBA HSG
DR. DREHER & PARTNER AG
8702 Zollikon / beim Bahnhof
T 044 396 15 15 - E drdr@dreher.ch

WAFFENINITIATIVE

Schutz vor Waffengewalt oder Entwaffnung der Schweizer

Der Volksinitiative mit dem verlockenden Titel «Schutz vor Waffengewalt» ist mit einem gewissen Verständnis zu begegnen, weil sie mindestens vorgibt, vor Waffengewalt schützen zu wollen. Wer möchte denn nicht der Gewalt generell und Gewalt mit der Schusswaffe im Besonderen erfolgreich begegnen? Ich möchte darum in meinen Ausführungen die Beurteilung vorwegnehmen, ob sich die vorgeschlagene Initiative eignet, um das angestrebte Ziel wirklich zu erreichen, nämlich den Schutz vor Waffengewalt zu verbessern.

TONI BORTOLUZZI
NATIONALRAT SVP
AFFOLTERN A. ALBIS

Man muss natürlich eingestehen und bedauern, dass es leider immer wieder Übergriffe gibt. Suizid, Familiendramen und weitere Verbrechen, bei denen Schusswaffen eingesetzt werden. Die Frage ist zu beantworten, ob mit einer Annahme dieser Initiative diese Übergriffe beseitigt oder mindestens eingeschränkt werden. Ich gebe klar zur Antwort: Nein. An diesem Problem wird sich durch diese Initiative nichts ändern. Es ist eine Illusion zu glauben, man könnte mit einer eingeschränkten Verfügbarkeit von Schusswaffen den Schutz vor Gewalt verbessern; das will die Initiative, die Initianten wollen glauben machen, den Schutz vor Gewalt – vor allem Gewalt mit Schusswaffen – zu verbessern.

Es ist eine Illusion zu glauben, man könnte mit einer eingeschränkten Verfügbarkeit von Schusswaffen den Schutz vor Gewalt verbessern.

Das Mittel ist nicht die Ursache eines Übergriffs. Um eine Verbesserung des angesprochenen Problems zu erreichen, müsste man sich über die Ursachen klar werden. Das ist natürlich wesentlich schwieriger, als eine Initiative zu lancieren, wie sie nun hier vorliegt. Aus dieser Sicht muss man den Initianten vorwerfen, sie seien etwas gar naiv, wenn sie glauben, man müsste einfach den Leuten alle Gewehre wegnehmen oder den Waffenbesitz mit bürokratischen Methoden belasten, um den Besitz von Waffen zu verhindern oder mindestens nur noch Besitzer von registrierten Waffen im Land zu haben. Damit, so geben die Initianten vor, wäre eine Abnahme der Waffengewalt sicher.

Die Ursachen

Ursachen für gewalttätige Übergriffe wird es immer geben, so lange es Menschen gibt. Es haben, sich die Mittel geändert und allenfalls – das muss man festhalten – hat sich auch die Menge der Übergriffe gehäuft. Das aber hat mit den Mitteln nichts zu tun, sondern mit der Ursache. Die Ursache ist letztlich immer die gleiche: Macht, allenfalls Unterdrückung, im Einzelfall unerfüllbarer Erwartungsdruck. Ob in kleinem oder in grösserem Kreis, zu welcher Zeit auch immer, Konflikte haben Menschen immer wieder mit Waffen ausgetragen. Immer hat es Übergriffe gegeben, die Hemmschwelle dazu mag sich verändern, nicht aber die Ursachen.

Handlungen, die mit einer Schusswaffe geschehen, geschehen nicht im Affekt. Das bestreite ich ganz klar. Es handelt sich um vorbereitete Handlungen, die nicht in wenigen Augenblicken entstehen. Jeder, der sich mit Waffen auskennt, weiss, dass man eine Waffe nicht in wenigen Sekunden in Einsatz bringen kann. Wenn es Probleme mit Schusswaffen gibt, dann ist es vielfach der unsachgemässe Umgang, der zu Unfällen führt.

Handlungen, die mit einer Schusswaffe geschehen, geschehen nicht im Affekt.

Respekt und Verantwortung

Damit komme ich auf einen zweiten Punkt: Waffenbesitz heisst in erster Linie Verantwortung. Wenn man eine Waffe besitzt, sei es für den Sport, sei es für die Jagd, als Sammler oder als Soldat, setzt das Kenntnis der Waffe voraus und das Wissen, wie man mit einer Waffe umgeht. Die Heimabgabe für Armeeangehörige ist an die entsprechende Ausbildung gekoppelt. Das schafft Sicherheit im Umgang. Der Waffe ist mit entsprechendem Respekt zu begegnen; das ist Teil der Ausbildung für den Waffenbesitz. In der vergangenen Revision des Militärgesetzes wurde auf diesen Umstand besonders hingewiesen. Den Verantwortlichen in der Armee wird das Einsichtsrecht in das Vorstrafenregister der Auszubildenden gegeben. Was für Jäger schon immer Gültigkeit hatte, ein tadelloser Leumund, sollte auch überall sonst Voraussetzung sein. Mangelnde Eignung darf den Waffenbesitz nicht begleiten, das ist selbstverständlich. Im Falle einer ungenügenden Eignung, sei es charakterlich oder wie auch immer, ist der Besitz einer Waffe nicht zuzulassen; das gehört zu einer Waffengesetzgebung, die wir ja in den letzten Jahren und Monaten intensiv bearbeitet und verbessert haben.

Die Initiative hat gravierende Nebenwirkungen. Ich nenne das so, weil das im Titel nicht erkennbar ist. Für einige der Initianten – prominente linke Politiker gehören dazu – geht es einzig und alleine darum, ihrem Ziel der Armeeabschaffung einen weiteren Schritt näher zu kommen. Das ist ihre Motivation; das ist zu akzeptieren, weil es ihr demokratisches Recht ist. Aber man muss es auch klar und deutlich sagen: Es geht um die Entmündigung des Milizsoldaten und die damit verbundene Schwächung des Wehrwillens – das akzeptieren wir von der SVP nicht. Der Schutz vor Waffen wird nicht verbessert, aber die mit den Waffen verbundene freiheitliche Geisteshaltung wird damit eingeschränkt und tangiert; das dürfte einen ganz wesentlichen Teil der Motivation für diese Initiative darstellen und das Ziel einiger Initianten sein.

Der Schutz vor Waffen wird nicht verbessert, aber die mit den Waffen verbundene freiheitliche Geisteshaltung wird damit eingeschränkt und tangiert.

Schwächung des Wehrwillens

Das Feldschiessen als grosser traditioneller Anlass dürfte mit dieser Initiative der Vergangenheit angehören. Das durch die Milizarmee geprägte und weit verbreitete sportlich ausgerichtete Schiesswesen, welches von Jung und Alt in unserem Land gepflegt wird, kann in der heutigen Form nicht weiter geführt werden.

Der Waffenbesitz des Schweizer Soldaten ist Ausdruck des Willens den Schutz unserer Bevölkerung und der wichtigen Güter sicherzustellen. In diesem Zusammenhang muss man sich auch mit dem Einsatz der Waffe auseinandersetzen – das ist nicht unbedingt angenehm. Die Initiative demonstriert meines Erachtens aus dieser Sicht Oberflächlichkeit, weil sie der Konfrontation mit der Realität ausweicht. Mit der Entwaffnung des Milizsoldaten verhindert man keine Kriege und keine Missbräuche. Die Initiative ist auch ein Aufruf, die Augen vor der Tatsache zu verschliessen, dass Waffen immer verfügbar sind. Sie wären dann, nach Annahme dieser Initiative, vor allem für jene verfügbar, die sie in der Absicht beschaffen, sie missbräuchlich einzusetzen. Die Initiative erreicht das Ziel ihres Titels nicht, schafft Scheinsicherheit und entmündigt den Waffen tragenden Milizsoldaten. Verantwortungsbewusste Stimmbürger werden dieser Initiative eine Absage erteilen.

Ein halbes Jahr für den Staat geschuftet!

Wussten Sie, dass rund die Hälfte Ihres Einkommens Zwangsabgaben an den Staat sind? Umgerechnet in Monate haben Sie also von Januar bis Ende Juni für den Staat gearbeitet. Es kann nicht sein, dass Sie nur die Hälfte Ihres Lohnes für sich behalten können.

Die Junge SVP fordert deshalb: Lasst dem Bürger seinen Lohn! Steuern senken, Abgaben reduzieren!

Junge SVP Kanton Zürich
Wir sprechen Klartext.
www.jsvp-zh.ch

Arbeitskräfte für Landwirtschaft und Gewerbe

Arbeitskräfte gesucht:
Als Betriebshelfer
als Temporärarbeitskräfte tage-, wochen- oder monatsweise für Bau-, Gartenbau, Industrie und Gewerbe

Arbeitskräfte im Angebot:
Betriebshelfer / Gärtner / Bauarbeiter
motivierte arbeitskräfte

Maschinenring
Maschinenring Zürich, 8630 Rüti, T: 055 251 41 41
info@maschinenring.ch www.maschinenring-jobs.ch

Praxis für Zahnprothetik

R. Hertach
(dipl. Zahnprothetiker)
Leimbachstrasse 119, 8041 Zürich
Bei der Migros / Nähe Bushaltestelle

Tel. 044 481 82 18
www.pro-dent.ch

Total-,Teil- und Implantatprothesen, Unterfütterungen, Reparaturen

1. Beratung kostenlos, **AHV**

Kostenlos Probeschlafen

WBS - das Matratzensystem für den vollkommenen Schlafkomfort

wideg ag
Industriestrasse 25, 8625 Gossau
Tel 044 935 25 46
info@wideg.ch
www.wideg.ch

Schreinerei Hanspeter Rütschi

Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01
www.schreinerei-ruetschi.ch
info@schreinerei-ruetschi.ch

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräteaustausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

MECACRYL

PLEXIGLAS aus Pfäffikon ZH

für Industrie, Gewerbe und Privat

- **Top-Zuschnittservice**
- **Plexiglas-Handwerk**
- **Thermoverformung**

MECACRYL GmbH
H. Hablützel und P. Haller
Plexiglas und Kunststoffverarbeitung
Witzbergstrasse 23, **8330 Pfäffikon ZH**
Tel. 043 288 60 50, Fax 043 288 60 51
info@mecacryl.ch, www.mecacryl.ch

Lächeln aus Verlegenheit

VON CHRISTOPH MÖRGELI

Bilder bleiben haften: Micheline Calmy-Reys verschleiertes Lächeln beim iranischen Präsidenten Achmadinedschad. Ihr Lächeln vor dem libyschen Diktator Gaddafi. Ihr Lächeln neben dem Genfer Polizeidirektor, der sich eben über die Libyer lustig machte. «J'ai ri jaune!», verteidigte sich die Lächelnde im Sonntagsblick. Sie habe aus Verlegenheit gelacht. Denn, so Calmy-Rey: «Das war überhaupt nicht zum Lachen.»

Erst recht nicht zum Lachen ist die vom Aussendepartement vorgeschlagene militärische Befreiung der beiden Schweizer Geiseln. Jimmy Carterlis spielen im libyschen Wüstensand. Was den US-Elitesoldaten mit Flugzeugträgern, Transportflugzeugen und Kampfhelikoptern in Teheran misslang, sollte unseren «Armeeaufklärern» in Tripolis gelingen. Ein Kriegseinsatz mit allen Folgen. Die Glanzidee des Jahres 2008, ausgeheckt von Bundespräsident Couchepin, Bundesrätin Calmy-Rey und deren Geheimdienstler Jacques Pitteloud. Drei Walliser unter sich. Walliser haben fulminante Ideen. Nur ist ihre Umsetzung oft nicht zu empfehlen. Siehe Kolumne nebenan.

Merken diese Kanonenbootpolitiker nicht, dass sie den Terror ins Land holen? Glauben sie im Ernst, der libysche Herrscher hätte sich über unseren Angriffskrieg gefreut? Der mutmassliche Drahtzieher des Flugzeugabsturzes von Lockerbie? Calmy-Rey spricht von rasch verworfenen, harmlosen «Planungen». Wie hätte Gaddafi von theoretischen Planungsspielen im Bundeshaus erfahren sollen? Warum wurden im angeblichen Planungsstadium bereits nordafrikanische Helfer eingespannt? Sind unsere Geheimdienste zu naiv, um zu wissen, dass Gaddafis Spitzel überall sitzen, weil er die ganze Region finanziert?

Während Max Göldi und Rachid Hamdani die Schlagzeilen beherrschten, geschah fast unbemerkt eine grössere Tragödie. Am 4. Dezember 2009 stürzte ein 24-jähriger Schweizer im marokkanischen Rabat unter mysteriösen Umständen in den Tod. Er soll anlässlich einer Polizeirazzia im Beisein zweier Landsleute versucht haben, mit einem Stromkabel von der Dachterrasse eines siebenstöckigen Hochhauses in eine untere Wohnung zu gelangen. Laut gut unterrichteten Quellen waren mindestens zwei der drei Beteiligten Mitglieder des Schweizer Nachrichtendienstes. Bern schweigt und mauert. Welche harmlose «Planung» steckt wohl hinter diesem Todesopfer?

POSITIONSPAPIER ZUR LIBYEN-KRISE

Wie weiter in der Libyen-Krise?

Die Libyen-Krise dauert auch nach der Rückkehr von Max Göldi an und erhält eine neue Wendung. Der Bundesrat zeigte sich während der gesamten Dauer der Geiselnahme unfähig, die Krise zu bewältigen. Das weitgehende Versagen der Aussenpolitik, devote Bittgänge nach Libyen, ein unkoordiniertes Vorgehen der Departemente, widersprüchliche Informationen und Aussagen der Departementsvorsteher, Amtsgeheimnisverletzungen sowie Ränkespiele im Bundesrat haben die Ereignisse seit dem Beginn der Krise im Juli 2008 geprägt. Das Trauerspiel setzt sich nun mit der chaotischen Informationspolitik des Bundesrates über geplante, ausgelöste oder abgebrochene Befreiungsaktionen fort.

svp. Im Zusammenhang mit der Geiselnahme von zwei Schweizer Geschäftsleuten in Libyen ist es zu massiven Menschen- und Völkerrechtsverletzungen durch den libyschen Staat gekommen. Diese Vergehen können nicht einfach hingenommen werden. Im Weiteren hat die Krise gezeigt, dass die Schengen-Mitgliedschaft der Schweiz nichts bringt. Die Schengen-Staaten sind der Schweiz bei der legitimen Anwendung der ihr gemäss Schengen zur Verfügung stehenden Mittel (Visarestriktionen) in den Rücken gefallen. Zudem ist es im Zusammenhang mit der Planung und möglicherweise eingeleiteten Ausführung von Befreiungsaktionen zu schweren Verstössen gegen das Prinzip der Neutralität gekommen, welche konsequent aufzuarbeiten und in Zukunft zu verhindern sind.

Aus diesen Gründen fordert die SVP Massnahmen in folgenden Bereichen:

1. Die UNO versteht sich als Hüterin der Menschenrechte, der Sicherheit, des Friedens und der Rechtsstaatlichkeit auf der Welt. Diese Prinzipien wurden von Libyen durch die Geiselnahme massiv verletzt. Der Bundesrat hat bei jeder Gelegenheit betont, dass Recht und Frieden, gerade aus der Optik des Kleinstaates, nur auf der Ebene der UNO international sichergestellt werden können. Diese Versprechungen sind nun einzulösen. Die Schweiz muss deshalb von der UNO eine Verurteilung von Libyen für die erfolgte Geiselnahme und die damit zusammenhängenden Verstösse gegen die Menschenrechte sowie die Schweizer Souveränität verlangen. Der Bundesrat wird aufgefordert, bei der UNO umgehend entsprechende Schritte einzuleiten.
2. Die Schengen-Mechanismen haben im Zusammenhang mit der Geiselnahme versagt. Die Schweiz hat korrekterweise Visasrestriktionen gegen Libyen beschlossen und umgesetzt. Diese Massnahme hat entsprechende Wirkung erzielt. Die übrigen Schengenmitglieder haben die Schweiz daraufhin aus Eigeninteresse gezwungen, die Restriktionen wieder aufzuheben. Sie sind der Schweiz damit in den Rücken gefallen. Der Bundesrat hat dem Druck nachgegeben. So bringt Schengen der Schweiz nichts. Die EU war es zudem, welche empfohlen hat, dass Max Göldi den Schutz der Botschaft als vertrauensbildende Massnahme verlässt. Die Leistung der EU in der Krise hat sich letztlich darauf beschränkt, dass 3 hochrangige Vertreter von Mitgliedsländern, nachdem Max Göldi die volle Gefängnisstrafe abgesessen hatte, bei der Ausreise dabei waren und sich gegenseitig auf die Schultern klopften. Eine ungeschönte Schengenbilanz ist rasch vorzulegen. Danach ist über den Verbleib der Schweiz im Schengenraum zu entscheiden.
3. Der mit Libyen im Zusammenhang mit der Ausreise von Max Göldi unterzeichnete Aktionsplan ist fragwürdig und gefährlich. Er verpflichtet die Schweiz unter bestimmten Bedingungen zur Zahlung von 1,5 Millionen Franken, was einer Lösegeldzahlung gleichzusetzen ist. Verknüpft wird die Fälligkeit dieser Zahlung mit dem «Erfolg» eines Verfahrens der Genfer Justiz im Zusammenhang mit der Publikation von Polizeibildern. Damit greift der Bund in bedenklicher Weise in ein laufendes Justizverfahren ein und verletzt zudem die föderalistische Kompetenzordnung. Lösegeldzahlungen und Kompetenzüberschreitungen des Bundesrates dürfen nicht wieder vorkommen. Die SVP wird auf parlamentarischem Weg entsprechende Vorstösse einreichen.
4. Der Bundesrat widerspricht sich im Zusammenhang mit der erfolgten Planung und allfälligen Auslösung von Befreiungsaktionen. Während die Aussenministerin davon spricht, dass solche Massnahmen «geprüft» wurden, redet die Bundespräsidentin von einem bereits erfolgten «Einsatzbefehl» und dessen Widerruf. Ein solcher Einsatz im Ausland widerspricht in krasser Weise den neutralitätspolitischen Grundsätzen der Schweiz. Ohne Zustimmung des Staates, in dem der Einsatz stattfindet, käme dies einer Kriegshandlung gleich. Ein durchgeführter Einsatz hätte damit Krieg und Terror in die Schweiz holen können. Umstände, Verantwortlichkeiten und Kompetenzen in dieser Angelegenheit sind deshalb lückenlos zu klären. Es zeigt sich auch, dass professionelle militärische Einheiten, welche im Ausland eingesetzt werden sollen, ein gefährliches Instrument sind, welches die Neutralität und Integrität der Schweiz gefährdet. Es verleitet die Verantwortlichen an der Spitze des Staates auch dazu, das Instrument im Affekt einzusetzen. Deshalb ist die Berufsformation Armee-Aufklärungsdetachement 10 (AAD 10) umgehend aufzulösen. Es dürfen keine neuen, militärischen Berufsformationen mit dem Ziel Auslandeinsätze durchzuführen, gebildet werden. Im sicherheitspolitischen Bericht und im Armeebericht sind die Auslandeinsätze der Schweizer Armee zu streichen.

Staatsvertrag ohne PUK: Einladung zu verantwortungslosem Handeln

B. IM OBERDORF
GEMEINDERAT SVP
ZÜRICH 12

Nachdem der Staatsvertrag ohne Referendum unter Dach ist, sind zwei Dinge klar: Unsere demokratischen Institutionen sind dabei übel strapaziert worden. Man machte dies unter Druck und aus Furcht vor einem Schaden für die Wirtschaft, wenn die USA entsprechende Massnahmen einleiten würden.

Wenn die Politik mit einer solchen Nötigung in einer Notsituation – als absolute Ausnahme – noch leben muss und vielleicht kann, so ist es inakzeptabel, dass die Wurzeln, die hinter diesen skandalösen Pressionen liegen, nicht besser aufgeklärt, sondern allenfalls vertuscht werden: Es ist schlicht nicht nachvollziehbar, dass der Ständerat eine PUK abgelehnt hat und sich mit dem GPK-Bericht begnügt, der vieles im Dunkeln lässt. Der Deal in harter Verhandlung mit den Ständeräten hätte heissen müssen: Knurrende Zustimmung zum Staatsvertrag unter der Bedingung, dass die Hintergründe durch eine PUK vollständig ausgelotet werden. Hier hätte man einen Kompromiss haben können, der von der Sache her durchaus konsistent wäre. Die Chance ist vertan und jene, die dieser unsäglichen Geschichte noch Pate standen, sehen sich in ihrem Verhalten noch honoriert.

Der Schaden, den die Verantwortlichen in der Politik und im Finanzbereich angerichtet haben, wird durch eine üble Strapazierung unserer politischen Institutionen nun begrenzt; und mitgeliefert wird der Schwamm, mit der man die Machenschaften beiseite wischt: Das ist geradezu eine Einladung dazu, künftig ähnlich vorgehen zu können – da die Konsequenzen einer vollständigen Aufklärung ausbleiben.

AKTUELLER VORSTOSS

«Kosten des Strafvollzugs in der Schweiz»

NATALIE RICKLI
NATIONALRÄTIN SVP
WINTERTHUR

Mit dem Anstieg der Kriminalität erhöhen sich auch die Kosten des Strafvollzugs. Da der Vollzug in die Kompetenz der Kantone fällt und mitunter über Konkordate geregelt ist, herrscht wenig Transparenz über die landesweiten Kosten, welche die Insassen der verschiedenen Gefängnisse und Vollzugsanstalten verursachen.

Nach der Revision des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches ist zudem ein deutlicher Rückgang der Verwahrungen und ein substanzieller Anstieg von stationären therapeutischen Massnahmen nach Art. 59 StGB festzustellen. Jede Verwahrung ist alle zwei Jahre daraufhin zu überprüfen, ob sie in eine stationäre therapeutische Massnahme nach Art. 59 StGB überführt werden kann. Die damit verbundenen psychiatrisch-psychologischen Behandlungen sind mit hohen Kosten verbunden.

Vor diesem Hintergrund stelle ich dem Bundesrat folgende Fragen:

1. Ist der Bundesrat über die Kostenentwicklung des Strafvollzugs in der Schweiz im Bild?
2. Wie viel kostete der Strafvollzug in der Schweiz in den vergangenen fünf Jahren (pro Jahr)?
3. Wie viel beträgt der Anteil des Bundes? Bezahlt der Bund nur Baubeiträge oder Weiteres?
4. Wie hoch sind die landesweiten Gesamtkosten für die Insassen, welche sich nach Art. 59 StGB in einer stationären therapeutischen Massnahme befinden? Wer trägt diese Kosten?
5. Wie hoch sind die Kosten der weiteren therapeutischen, psychiatrischen und psychologischen Behandlungen und wer bezahlt diese?
6. Wer trägt die Kosten für Medikamente und Drogenabgabe und wie hoch sind diese?
7. Welchen Beitrag leisten die Insassen an die anfallenden Kosten? Haben sie die Krankenkassenprämien mit den eigenen Mitteln zu bestreiten? Müssen sie die Radio- und TV-Empfangsgebühren selber bezahlen?
8. Gibt es Zahlen zu den Einnahmen der Anstalten durch Gefangenenarbeit (Handarbeiten, Landwirtschaft, usw.) und den Entlöhnungen der Insassen?

Öffentlicher
Worbig-Frühschoppen in Flaach

Divisionär aD Hans Bachofner

Wer Frieden will, muss den Krieg verstehen

Sonntag, 27. Juni 2010, 10.30 Uhr

Weingut von Bettina und Toni Kilchsperger, Worrenberg, Flaach
(bei schlechtem Wetter in der «Worbighalle», Flaach)
Zufahrt signalisiert

Nach der Ansprache: Ein feines Glas Worrenberger, Bratwürste vom Grill und andere Köstlichkeiten.

Musikalische Umrahmung: «Grenzland Quintett», Rafz

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

KANTONSRAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Gebäudeversicherung und Finanzausgleich im Fokus

Diese Woche beschäftigte sich der Kantonsrat mit der Jahresrechnung und dem Geschäftsbericht der Gebäudeversicherung (GVZ). Zudem wurde auf das Finanzausgleichsgesetz eingetreten und einige Minderheitsanträge behandelt.

YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Der Kantonsrat übt, gemäss dem Gesetz über die Gebäudeversicherung, die Oberaufsicht über die Gebäudeversicherung aus und genehmigt Geschäftsbericht und Jahresrechnung. Die GVZ versichert über 280 000 Gebäude im Kanton Zürich. Dies entspricht einem Versicherungskapital von 421,3 Mrd. Franken. Der Prämiensatz beträgt weiterhin 32 Rappen je 1000 Franken Versicherungssumme. Im vergangenen Jahr schlugen die Feuerschäden mit 31 Mio. Franken, die Elementarschäden mit 3 Mio. Franken zu Buche. Der Schadenaufwand betrug insgesamt 34 Mio. Franken und lag 13 Mio. Franken unter dem Vorjahreswert. Grosse Elementarschadenereignisse sind im Berichtsjahr ausgeblieben. Die übrigen Aufwendungen lagen leicht über dem Vorjahreswert, aber unterhalb des budgetierten Kostenrahmens. Die Einnahmen aus Prämien erreichten 95 Mio. Franken, diejenigen der Brandschutzabgabe 43 Mio. Franken. Das Betriebsergebnis der GVZ zeigt einen Ertragsüberschuss von 31 Mio. Franken. Positiv ist zudem das Ergebnis aus den Kapitalanlagen von 28 Mio. Franken ausgefallen. Zusammen mit dem Ausgleich der Brandschutzreserven und dem Saldo aus der Bewirtschaftung des Erdbebenfonds ergibt sich ein gesamter Betriebsüberschuss (Ergebnis zur Verwendung) von 54 Mio. Franken. Die der GVZ durch Gesetz übertragenen Aufgaben der kantonalen Feuerpolizei und der kantonalen Feuerwehr werden rechnungsmässig getrennt geführt. Beiden Bereichen wird ein Anteil an der gesetzlich geregelten Brandschutzabgabe zugewiesen. Diese hat 2009 10 Rappen je Fr. 1000 Versicherungswert betragen. Sowohl bei der kantonalen Feuerpolizei wie auch bei der kantonalen Feuerwehr wurde der Hauptaufwand für die Subventionierung von präventiven Brandschutzmassnahmen bzw. Investitionen im Feuerwehrwesen und die Löschwasserversorgung verwendet. Bei der kantonalen Feuerpolizei stand ein Ertrag von 18 Mio. Franken einem Aufwand von 11 Mio. Franken gegenüber, sodass sich ein Ertragsüberschuss von rund 7 Mio. Franken ergab. Bei der kantonalen Feuerwehr ergab sich mit einem Ertrag von 46 Mio. Franken und einem Aufwand von 40 Mio. Franken ein Ertragsüberschuss von 6 Mio. Franken. Beide Ergebnisse werden an die Brandschutzreserven der kantonalen Feuerpolizei bzw. der kantonalen Feuerwehr zugewiesen. **Bruno Walliser** (SVP, Volketswil) betonte im Rat, dass ein um 22 Mio. Franken höheres Betriebsergebnis als im Vorjahr die Frage offen lasse, ob eine Anpassung des Baukostenindex wirklich nötig war. Zudem sei zu befürworten, dass die Verrechnung von Feuerwehreinsätzen bei Verkehrsunfällen neu geregelt wurde. Von den Einsätzen der Feuerwehr betreffe nur noch weniger als 20 Prozent Brände. Unter anderem auch deswegen sei auf den 1. Juni 2009 die Änderung des Gesetzes über die Feuerpolizei und das Feuerwehrwesen in Kraft getreten. Damit wurden die Leistungsvorgaben für die Feuerwehr angepasst, die Nachbarschaftshilfe und das Strassenverkehrsrettungskonzept eingeführt. Das Feuerwehrwesen im Kanton Zürich – und damit auch die Verkehrseinsätze wie Strassenrettungen, Fahrzeugbrände, Pioniereinsätze und Verkehrsregelung – wird einerseits durch die Gemeinden und anderseits mittels Subventionen, Ausbildungskursen usw. durch die GVZ finanziert. Eine Quersubventionierung durch die Hauseigentümer findet somit nicht mehr statt. Jahresrechnung und Geschäftsbericht für das Jahr 2009 wurden ohne Gegenstimmen gutgeheissen.

Finanzausgleich

Die Verfassung des Kantons Zürich gewährleistet die Autonomie seiner 171 politischen Gemeinden und gut 130 Schulgemeinden. Sie hält fest, dass ihnen das kantonale Recht möglichst weiten Handlungsspielraum gewähren soll. Auf dieser Grundlage regeln die Gemeinden ihre Angelegenheiten selbstständig. Sie erfüllen ihre öffentlichen Aufgaben und erheben zu diesem Zweck Steuern. Über das Ausmass, die Qualität, die Art und Weise der Aufgabenerfüllung sowie deren Finanzierung entscheiden die Gemeinden so weit frei, als Kanton und Bund keine Vorgaben machen. Daraus ergeben sich auf kommunaler Ebene unterschiedliche öffentliche Leistungen und eine unterschiedliche Steuerbelastung. Ein Teil der Ungleichheiten bei den Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden ist die Folge von äusseren Gegebenheiten. Sie führen dazu, dass die finanziellen Mittel, welche den Gemeinden für die Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung stehen, weit auseinanderklaffen. Diese Unterschiede behindern eine kantonsweit vergleichbare, bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit lokalen öffentlichen Gütern und den Wettbewerb zwischen den Gemeinden. Ein zeitgemässer Finanzausgleich korrigiert solche von den Gemeinden nicht beeinflussbaren Ungleichheiten, ohne dabei die wirtschaftlichen Vorteile des Föderalismus zu schmälern. Das heutige Finanzausgleichssystem setzt sich aus Steuerkraftausgleich, Steuerfussausgleich, Investitionsfonds, Lastenausgleich Stadt Zürich und finanzkraftabhängigen Staatsbeiträgen zusammen. Dieses System weist Mängel auf und wurde aus diesem Grund überarbeitet. Mit dem neuen Finanzausgleich sollen alle Gemeinden ihre notwendigen Aufgaben erfüllen können und die Steuerfussunterschiede begrenzt werden. Der neue Finanzausgleich ist gerechter. Er behandelt alle Gemeinden gleich und sorgt für einen fairen Wettbewerb zwischen ihnen. Ihre Ressourcen werden so angeglichen, dass ihre finanzielle Ausstattung mindestens einer Steuerkraft von 95 Prozent des kantonalen Durchschnitts entspricht. Ihre Sonderlasten werden abgegolten. Die Stadt Zürich ist ins System integriert. Der neue Finanzausgleich gibt den finanzschwachen Gemeinden mehr Entscheidungsspielraum und Verantwortung bei der Mittelverwendung. Er belohnt den sparsamen Mitteleinsatz. Die Gemeindeautonomie soll dadurch gestärkt werden. Die Steuerfussdisparität (Abweichung vom tiefsten Steuerfuss) wird für den überwiegenden Teil der Steuerzahlenden vermindert. Weil der Unterschied zwischen armen und reichen Gemeinden ständig gewachsen ist, wird der neue Finanzausgleich die reichen Gemeinden etwas stärker in die Pflicht nehmen. Insgesamt wird der Systemwechsel sowohl den Kanton als auch die Gemeinden und damit die Steuerzahlenden des Kantons Zürich finanziell langfristig entlasten. Er stärkt die Stellung des Kantons und der Gemeinden im interkantonalen Wettbewerb. **Ursula Moor** (SVP, Höri) betonte in der Eintretensdebatte, dass das neue Modell keine Begeisterungsstürme auslöse, die Grundrichtung jedoch stimme. Der Kantonsrat konnte diese Woche das Geschäft nicht zu Ende beraten. Es wurde jedoch Eintreten beschlossen und einige Minderheitsanträge abgelehnt:

Die SP verlangte mit einem Minderheitsantrag, dass die Einwohnerzahl nicht nach dem zivilrechtlichen Wohnsitz, sondern nach dem wirtschaftlichen Wohnsitz berechnet werde. **Rolf Zimmermann** (SVP, Zumikon) betonte im Rat, dass es keine offizielle Daten über wirtschaftlichen und zivilrechtlichen Wohnsitz bei den Gemeinden gebe. Der Begriff Einwohnerzahl müsse darum nicht neu definiert werden. Der SP-Antrag wurde mit 111 zu 54 Stimmen abgelehnt.

Die GLP wollte mit einem Minderheitsantrag, dass der Ressourcenausgleich, welcher die Minderung der Unterschiede zwischen den Gesamtsteuerfüssen der Gemeinden bezweckt, von mindestens 95 Prozent des Kantonsmittels auf 90 Prozent reduziert wird. **Ernst Meyer** (SVP, Andelfingen) betonte im Rat, dass die Lösung von 95 Prozent ausgewogen sei. Der Antrag der GLP wurde mit 152 zu 9 abgelehnt.

Die FDP stellte den Minderheitsantrag, dass das Bemessungsjahr nicht das zweite dem Ausgleichsjahr vorangehende Kalenderjahr sei, sondern das vorgehende Kalenderjahr. **Ernst Meyer** betonte im Rat, dass die definitiven Zahlen nur aus der Rechnung des Vorjahres entnommen werden können. Bei einer Änderung dieser Praxis würde den Gemeinden Geld zugesprochen, dass möglicherweise wieder an das Gemeindeamt zurückbezahlt werden müsste. Mit der vorgesehenen Praxis würden die ausgesprochenen Beträge definitiv eingesetzt werden können. Der Antrag der FDP wurde mit 130 zu 28 Stimmen abgelehnt.

Die Beratungen werden nächste Woche fortgesetzt.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

… dem Geschäftsbericht und der Jahresrechnung der Gebäudeversicherung zugestimmt. 😐

… eintreten auf das Finanzausgleichsgesetz beschlossen. 😐

21. Juni 2010

FRAKTIONSERKLÄRUNG

Die SVP fordert eine PUK

THEO TOGGWEILER
KANTONSRAT SVP
ZÜRICH 7/8

Die Frage lautet: BVK, ein Fiasko oder ein Drama? Ist es ein Fehlschlag oder gar ein Schauspiel. Tatsache ist, dass die SVP immer wieder (seit bald mehr als zehn Jahren) in Sachen BVK vor Unzulänglichkeiten, wie Überbewertungen von Aktiven, extremen, eingetretenen Verlusten auf Anlagen, gewarnt hat und kaum etwas konnte korrigiert bzw. aufgeklärt werden. Eine Wahrheitsfindung durch das Parlament scheint unmöglich. Partikularinteressen und Rechthaberei mit Parteiinteressen überwiegen.

Erste Warnungen wegen der Bewertung beim Ferienverein mit (Feriendorf) Giverola in Spanien, erstatteten wir 2001/2002. Regierung und Verwaltung bagatellisierten die Angelegenheit, was aufrechterhalten wurde, bis das Unternehmen 2005 illiquid war, saniert werden musste und die BVK CHF 46 Mio. verlor. Die früher gekauften Aktien der BT& T, bescherten der BVK Verluste in der Höhe von gegen CHF 300 Mio. Warum dieses Risiko für die BVK eingegangen worden ist, und was dahinter steckte, wurde nie aufgedeckt.

Die Finanzkommission hat 2005/06 eine Subkommission einberufen unter dem damaligen SP-Kantonsrat Feldmann Stefan. Das war eine unschöne Geschichte. Der eigenmächtige Subkommissionspräsident, der fachlich inkompetent war, riss die Angelegenheit an sich, verstiess den Vertreter der SVP aus dem Gremium und entwickelte eine Meinung mit je einer Vertreterin der FDP und der GP. (Nachzulesen in einer Fraktionserklärung der SVP vom 26. Juni 2006 sowie auch im Ratsprotokoll vom 2. Oktober 2006, Seite 12264).

Damit nicht genug, alt Kantonsrat Feldman (SP) übertölpelte mit seiner Arroganz die Finanzkommission des Kantonsrates, behauptete alles sei in Ordnung, man könne nichts finden, und der Fall sei abgeschlossen. Die Fiko musste akzeptieren, dass die Abklärungen betreffend den Engagements BT & T und Ferienverein Poscom abgeschlossen seien. Die Abklärungen würden nur bei Vorliegen gewichtiger Anhaltspunkte, welche die im Rahmen der getroffenen Abklärungen gewonnenen Erkenntnisse in einem gänzlich anderen Licht erscheinen lassen würden, wieder aufgenommen.

Durch zwei vorgenommene Verhaftungen (wir beachten die Unschuldsvermutung) erscheint das ganze Drama der BVK in einem neuen Licht. Ebenso der eigenwillige Subkommissionsbericht von Feldmann, der weitere Nachforschungen verhindern wollte.

Es gehört zum Prinzip unseres Rechtsstaates, dass es auch gegenüber Entscheiden einer Kommission bzw. Subkommission Einsprachen und Revisionsmöglichkeiten gibt.

Der Zeitpunkt ist jetzt gekommen, dass die Angelegenheit aufgerollt wird und neue und ergänzende Abklärungen getroffen werden können bzw. müssen.

Meine Damen und Herren: es geht um die Wahrheitsfindung in einer sehr wichtigen Angelegenheit. Dies auch deshalb, weil die Gefahr besteht, dass aufgrund einer Beurteilung einer Dreierkommission, in der die grösste Fraktion unseres Parlamentes nicht vertreten sein «durfte» und die auch offensichtlich für Parteigeplänkel rechthaberisch missbraucht wurd, wichtige Tatsachen nicht berücksichtigt wurden. Damit drängt sich eine (wie von der SVP schon im Jahr 2006 geforderte) PUK (Parlamentarische Untersuchungskommission) auf. Dies auf den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit. Auf der einen Seite ist für viele Fragen der Führung der BVK die Regierung zuständig, andererseits verfügt die BVK selbst (auch in ihrer derzeitigen Rechtsform) über eigene Organe. Das Parlament kann einen Abschluss der BVK auch nur beurteilen, wenn die notwendigen Unterlagen und Informationen vorliegen. Wahrscheinlich müssen auch organisatorische Abgrenzungen und Zuständigkeiten näher definiert werden.

Die BVK (eine noch unselbständige öffentlich-rechtliche Anstalt), ist aber an sich schon eine eigenständige juristische Person, die sich für Ihre Zukunft und die Leistungen, die sie zu erbringen hat, selbständig aus den Einzahlungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern alimentieren muss und das ist auch der Grund, weshalb das Parlament als Aufsichtsinstanz die Pflicht hat Verfehlungen nachzugehen. Diese Überlegung bestärkt die Meinung, dass eine PUK sich offenen Fragen annehmen muss, damit die Vergangenheit geklärt und die Zukunft der BVK gesichert werden kann.

Dies auch deshalb, weil eine finanzielle Hilfe von dritter Seite für eine BVK nicht möglich ist.

Es geht um nichts anderes als um die Wahrheitsfindung, um Entwicklungen und Vorkommnisse, die endlich einmal offen gelegt werden müssen. Das ist das Parlament der Öffentlichkeit schuldig. Aus diesen Gründen fordert die SVP die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission.

Parteiprogramm 2011–2015

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Einladung zur Programmtagung

Samstag, 10. Juli 2010, 8.30 Uhr bis zirka 12.30 Uhr
Restaurant Wallberg, Volketswil

Programm

08.30 Uhr Kaffee und Gipfeli

09.00 Uhr Begrüssung
Nationalrat Alfred Heer, Präsident SVP Kanton Zürich

09.25 Uhr Einführung ins Thema
Nationalrat Christoph Mörgeli, Präsident der Programmkommission

09.45 Uhr Arbeit in Gruppen:

A) **Kriminalität und Sicherheit**
NR Ernst Schibli, KR Barbara Steinemann

B) **Arbeitsplätze, Personenfreizügigkeit**
NR Alfred Heer, KR Claudio Zanetti

C) **Finanzen und Wirtschaft**
NR Bruno Zuppiger, NR Hans Kaufmann, KR Hans Frei, KR Martin Arnold

D) **Aussenpolitik, EU, Euro**
NR Ueli Schlüer, NR Christoph Mörgeli

11.30 Uhr Präsentation der Thesen und Forderungen der Arbeitsgruppen / Plenumsdiskussion

12.30 Uhr Voraussichtliches Ende der Veranstaltung

Anmeldetalon für die Programmtagung vom Samstag, 10. Juli 2010

Name: Vorname:
Strasse: PLZ, Ort:
Tel: E-Mail:

Ich melde mich an für die Arbeitsgruppe (bitte Zutreffendes bezeichnen: 1 = 1. Wahl, 2 = 2. Wahl):

A:		B:		C:		D:	

Bitte retournieren **bis Mittwoch, 7. Juli 2010**
an das SVP-Sekretariat, Nüschelerstrasse 35, 8001 Zürich,
per Fax 044 217 77 65 oder per E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch

EIN SVP-MITGLIED STELLT SICH VOR

Gerhard Schürmann

Alter: *50 Jahre*
Beruf: *Geschäftsführer*
Gemeinde: *Zollikon*

Seit wann sind Sie Mitglied bei der SVP und warum sind Sie beigetreten?
Ich bin SVP-Mitglied seit Februar 2008. Ich habe mich nach der Abwahl von Bundesrat Christoph Blocher entschieden, der SVP beizutreten. Ich habe schon seit vielen Jahren die Politik der SVP mit Interesse und Sympathie verfolgt, insbesondere die Europapolitik.

Wie engagieren Sie sich innerhalb der Partei?
Nach meinem Beitritt zur SVP Zollikon habe ich zuerst Kontakt zu den Mitgliedern gesucht. Dann habe ich schrittweise mehr und mehr im Vorstand der SVP Zollikon mitgearbeitet und nach der Wahl des Präsidenten, Daniel Weber, in den Gemeinderat von Zollikon, habe ich mich für seine Nachfolge zur Verfügung gestellt.

Was wünschen Sie sich für die Schweiz?
Erhalt und Stärkung unserer selbstbestimmten bürgerlichen Freiheiten. Eine liberale Wirtschaftspolitik mit einem sozialen Netz für unschuldig in Not geratene Mitmenschen.

Welcher Politiker ist Ihr Vorbild und warum?
Toni Brunner. Es gelingt ihm auch in schwierigen Situationen die Argumente zu vermitteln und seine positive Ausstrahlung zu bewahren.

Was sind Ihre nächsten persönlichen Projekte?
Etwas mehr Engagement bei meiner persönlichen Fitness.

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen!
Öffnungszeiten:
Mo–Fr 8.00–12.00 Uhr/13.30–18.30 Uhr
Sa 8.00–12.00 Uhr
oder nach telefonischer Vereinbarung
In topmoderner Werkstatt
• Pneus für: LKW, PW, Landwirtschaftsmaschinen, Motorräder, LKW-Neugummierungen
• Alu- + Stahlfelgen • Radwaschmaschine
Otto Schaufelberger Hinwil
Fabrikstr. 3, Tel. 044 937 43 91

SVP WANGEN-BRÜTTISELLEN

Beste landwirtschaftliche Produkte aus unserer Region

Brüttiseller Dorfstrassenfest vom 25. und 26. Juni

URSULA MEIER

«Gut, gibt es die Schweizer Bauern»!
Die Bestrebungen unsere Regierung, die Landwirtschaft mittels Freihandelsabkommen dem harschen Wind der internationalen Märkte auszusetzen, setzten die Bauernfamilien zusätzlich unter Druck. Die kleinräumige Schweizer Landwirtschaft ist dem Marktdruck auf die Preise von aussen nicht gewachsen. Die Folgen liegen klar auf der Hand: weiteres Bauernsterben, Verlust der Ernährungssouveränität und letztendlich wieder höhere Lebensmittelpreise. Der Weltagrarbericht ist zu ganz anderen Ergebnissen gekommen, als man uns Konsumenten als die «einzig wahre Zukunftsperspektive» für unsere Landwirtschaft – eben die Globalisierung, Marktöffnung bzw. das Freihandelsabkommen mit hüben und drüben – verkaufen will.

«Die besten Garanten für die lokale Ernährungssicherheit sowie die nationale und regionale Ernährungssouveränität sind kleinbäuerliche Strukturen.»

Dies ist eine der Kernaussagen aus dem Weltagrarbericht, der 2008 erschienen ist. Initiiert hatte den umfassenden Bericht die Weltbank und die Vereinten Nationen. Weltweit haben über 500 Personen aus unterschiedlichen Disziplinen am Bericht mitgearbeitet. Agrarwissenschaftler und Ökonomen, Biologen und Chemiker genauso wie Mediziner, Botaniker, Philosophen, sowie Vertreter traditionellen und lokalen Wissens alter Kulturen. Diese Vielfalt ermöglichte eine ganzheitliche Betrachtungsweise aller wesentlichen Aspekte der Landwirtschaft. Gerade das in der Schweiz entwickelte und in der Bundesverfassung verankerte Konzept der multifunktionalen Landwirtschaft wurde im Weltagrarbericht als wegweisend aufgenommen.

Die Welt steht vor riesigen Problemen, welche in diesem Jahrhundert gelöst werden müssen. Die Zahl der Hungernden etwa stieg zwischen 2007 und 2009 von 840 Millionen auf über eine Milliarde Menschen. Und das, obwohl in Kalorien ausgedrückt, Landwirte heute weltweit etwa einen Drittel mehr ernten, als für die ausreichende Versorgung aller Menschen notwendig wäre. Was läuft hier falsch? Und warum? Der Weltagrarbericht beinhaltet viele Hintergrundinformationen und Lösungsansätze. Er kann heruntergeladen werden unter: www.weltagrarbericht.de

Nach dem Motto «Günstiger um jeden Preis» ist mit dem Markteintritt der Billigdiscounter Aldi und Lidl eine regelrechte Preisschlacht ausgebrochen. Das ist auch nicht im Sinne der Konsumenten, denn langfristig wird die Qualität auf der Strecke bleiben. Es ist Zeit für «fair trade» und einen fairen Preis – auch für inländische Produkte! Qualitativ hochwertige Produkte haben ihren Preis und vor allem ihren Wert.

Beste landwirtschaftliche Produkte aus unserer Region
Einmal mehr können Sie sich am Dorfstrassenfest in Brüttisellen am Samstagmorgen, 26. Juni, ab 8 Uhr bis 11.30 Uhr auf dem Bauernhof der Familie Schmid am traditionellen SVP-Puurezmorge mit Produkten aus unserer Region verpflegen. Sie haben ausserdem die Gelegenheit zu erfahren, welche landwirtschaftlichen Produkte es vor der eigenen Haustüre zu kaufen und selber zu pflücken gibt.

Alle Kinder sind eingeladen von 10.00–11.00 Uhr eine süsse Pizza mit verschiedenen Fruchtgummis zu gestalten und natürlich zu naschen, was das Herz begehrt.

Auf Ihren Besuch freut sich die Ortspartei SVP Wangen-Brüttisellen.

SVP USTER

Auf Reisen

Am Samstag, 19. Juni 2010, nahmen 30 Personen am Familienausflug der SVP Uster teil.

RUEDI GYSI
SVP GEMEINDERAT USTER

Petrus scheint der SVP Uster nicht gut gesinnt zu sein, denn wie im letzten Jahr mussten wir unseren Familienausflug bei strömendem Regen starten. Mit dem Car ging die Fahrt nach Leibstadt AG zur Besichtigung des Kernkraftwerks. Nach Kaffee und Gipfeli erlebten wir eine interessante Führung durch das ganze Werk. Für alle Besucher war es wichtig zu sehen, dass der Strom nicht einfach aus der Steckdose kommt. Beeindruckt von der Führung durch das grösste KKW der Schweiz, begab man sich anschliessend zum Mittagessen in das Restaurant «Warteck» in Leibstadt, wo uns in bester SVP-Umgebung ein tolles Mittagessen serviert wurde. Der Aargauer Grossrat, Hansjörg Knecht, verstand es bestens uns seine Wohngemeinde Leibstadt, den Bezirk und auch den Kanton Aargau näher zu bringen. Weiter ging dann die Fahrt nach Frick und über die Staffelegg nach Buchs AG. Im Ortsmuseum dieser Gemeinde, das in einem alten, ehrwürdigen Haus eingerichtet ist, konnten wir Einrichtungsgegenstände aus vergangenen Zeiten bestaunen. Nach einem Apéro inmitten einer für uns fremden und doch heimeligen Welt ging die Fahrt zurück nach Uster. Trotz dem misslichen Wetter erlebten wir einen interessanten und gelungenen SVP-Ausflug.

LESERBRIEFE

SIND WIR IN GÜLLEN?

Zum Staatsvertrag USA/Schweiz

In einem Punkt waren sich die Parteien bei der parlamentarischen Beratung des Staatsvertrages USA/Schweiz einig: Alle Redner, also auch die Vertreter der Mitte-Parteien, sprachen uni sono von einem schlechten Vertrag, der zur schweizerischen Rechtsordnung im Widerspruch stehe. Neben Vorschriften auf Stufe Gesetz (Schutz des Bankgeheimnisses) sind in diesem Zusammenhang Bestimmungen der Bundesverfassung zu nennen, im Speziellen die dortigen Art. 8 und 9 (Rechtsgleichheit sowie Schutz vor Willkür und Wahrung von Treu und Glauben). Tangiert sind weiter zwingende Prinzipien des Völkerrechts, wie die Gebote der Unschuldsvermutung und des «pacta sunt servanda». Letzteres bedeutet, dass Verträge eingehalten werden müssen; die Bank hatte sich ihren Kunden gegenüber vertraglich zur Wahrung des Bankgeheimnisses verpflichtet.

Lässt sich der Staatsvertrag aber mit der Rechtsordnung unseres Landes nicht im Übereinstimmung bringen, so kann dessen Gutheissung allein noch auf das jede Legitimität überschattende Grundprinzip abgestützt werden, wonach der Stärkere dem Schwächeren seinen Willen aufdrängen kann. Auf dieses «Naturgesetz» hat anlässlich der Nationalratsdebatte ein Parlamentarier der BDP auch mit schonungsloser Offenheit hingewiesen und sich «zähneknirschend» (das macht sich immer gut:) dazu bekannt, dass man «die Kröte schlucken müsse».

Haben wir solche Worte nicht schon einmal irgendwo gehört oder gelesen? Ach ja, es sei an Friedrich Dürrenmatt und den «Besuch der alten Dame» erinnert. In diesem Schauspiel verspricht die durch Heirat immens reich gewordene Claire zachanasian (frühere Klärli Wäscher) der darniederliegenden Güllener Wirtschaft eine Milliarde Franken und verlangt dafür den Kopf ihrer Jugendliebe Alfred Jll (abzuliefern im Sarg). Die Güllener Bürger weisen dieses Ansinnen im Namen der Menschlichkeit zunächst mit Empörung zurück; beugen sich aber schliesslich dem Diktat bzw. «Schlucken die Kröte». Die Vereinigten Staaten entlassen die UBS aus dem Würgegriff und fordern dafür eine unserer Rechtsordnung klar widersprechende Auslieferung von Bank-Kundendaten. Wo liegt da der Unterschied?

In einer Anmerkung hat Friedrich Dürrenmatt erklärt, der Besuch der alten Dame sei «von einem geschrieben worden, der sich von diesen Leuten durchaus nicht distanziert, und der nicht so sicher ist, ob er anders handeln würde». Es steht auch dem Verfasser dieses Artikels nicht an, über diejenigen Parlamentarier zu richten, die das Abkommen absegnen wollten. Wogegen er sich allerdings mit Entschiedenheit wehrt, ist die zur Zeit in den Medien vorherrschende Tendenz, jene Volksvertreter, die dem Staatsvertrag die Zustimmung verweigert haben, als engstirnig, uneinsichtig, und partikuläre Interessen verfolgend zu bezeichnen. Man kann die Dinge auch anders sehen: Nicht derjenige, der (aus welchen Überlegungen auch immer) das Recht verteidigt, handelt verantwortungslos, sondern viel eher derjenige, der (möglicherweise «zähneknirschend») einen Rechtsbruch toleriert. Erstaunlicherweise ist festzustellen, dass sich mit der SVP und der SP gerade die im politischen Spektrum Flügelpositionen einnehmenden Parteien sich als Fürsprecher für Law and Order erwiesen haben.

Dr. Andreas von Albertini

Abonnieren Sie gratis unseren
Newsletter
unter
www.svp-zuerich.ch

Session hautnah

Am vorletzten Mittwoch wohnte ich der Session des Nationalrates auf Einladung von NR Ulrich Schlüer zusammen mit meinem Mann Stephan bei. Was für ein Erlebnis! Nicht nur waren die zentralen Themen der SVP-Ausschaffungsinitiative und die «Abzockerinitiative» Gegenstand der oft hitzigen Debatten, sondern man erhielt Einblick in den Ratsbetrieb; mit Absprachen zwischen Parteien, hektisch vor Abstimmungen, langweiligen, gut formulierten und auch beleidigenden Ansprachen – ein Wechselbad der Eindrücke und Gefühle.

In ruhigen Phasen führte uns NR Schlüer durch das neu umgebaute Bundeshaus, das modern und sehr funktional wirkt. Besonders angetan war ich von den vier symbolhaften Glasfenstern in der Kuppel. Hier werden die wichtigsten wirtschaftlichen Tätigkeiten unseres Landes dargestellt: Die Landwirtschaft, der Handel, die Industrie und das Gewerbe. Ob sich die Parteien konsequent für diese einsetzen, war in den Beratungen nicht immer ersichtlich. Nach einigem Hin und Her konnten die wichtigsten Abstimmungen jedoch im Sinne der SVP gewonnen werden. Man spürte den Einfluss des Volkes hinter den Voten einiger Parteien, die sich immer deutlicher bewusst wurden, dass die Aufmerksamkeit in den behandelten Themen landesweit hoch ist, und Kompromisse nötig sind, um sich keine weiteren «blutigen Nasen» in den nächsten Volksabstimmungen zu holen.

Besonders eindrücklich war der Umtrunk und Ausklang nach «geschlagener Schlacht» an der auch Vertreter anderer Parteien zugegen waren – eher ein Unikum in der Parteienlandschaft Berns.

Cornélia Amacker, Neftenbach

Umzonung Üetliberg

In einer der nächsten Kantonsratssitzungen wird ein Traktandum der Umzonung Üetliberg gewidmet sein. Es hiesse Wasser in die Reppisch tragen, wollte man hier den Sachverhalt nochmals ausführlich darlegen. Im Grunde ist er nämlich kurz und einfach: Der Hotelier auf dem Uto-Kulm hat eine ganze Reihe illegaler Handlungen getätigt und foutierte sich in fragwürdiger «Zusammenarbeit» mit dem Gemeinderat Stallikon um die massgebenden Gesetze. Herr Fry war aber rechtzeitig durch die kantonalen Instanzen darauf hingewiesen worden, dass weitere Ausbauten unzulässig seien, doch hinderte ihn dies nicht, fröhlich weiterzumachen. Nur allzu durchsichtig ist seine fiese Spekulation: keck drauflos bauen, und wenn die Sache einmal steht, wird wohl niemand verlangen, sie wieder abzubrechen.

Ein solches Vorgehen ist wohl einer Bananenrepublik, nicht aber dem schweizerischen Rechtsstaat würdig. Mit grosser Genugtuung konnte man als SVP-Mitglied kürzlich zur Kenntnis nehmen, dass die Partei in verschiedenen Geschäften des Kantonsrates für die strikte Respektierung von Gesetzen und Rechtsstaatlichkeit kämpfte. So erklärte Kantonsrat Egloff in dieser Zeitung und im «Tages-Anzeiger» in Sachen Handelsrichterwohnsitz ausdrücklich, vor dem Gesetz seien alle gleich, und Kantonsrat Zanetti versicherte ebenfalls im «Tages-Anzeiger» bezüglich Migrationsamt, die SVP schone niemanden.

Diese klaren Worte haben wir mit Freude gehört. Es gibt nämlich nicht nur Linke, sondern auch bürgerlich denkende Leute, die sich entschieden gegen das Vorhaben einer Zonenplanänderung zugunsten des Hoteliers auf Uto-Kulm wenden und die als SVP-Mitglieder erwarten, im Kantonsrat entsprechend vertreten zu werden. Es darf doch nicht sein, dass mit einem faulen Umzonungsmanöver nachträglich Herrn Frys unrechtmässigen Handlungen der Segen erteilt und er für sein arrogantes Wirken noch belohnt wird. Viele Privatpersonen und manche SVP-nahe KMU-Betriebe, die auch gerne vergrössern oder erweitern möchten, aber von den Behörden in pingeliger Weise wegen Bagatellen mit Bauvorschriften schikaniert werden, würden es nie verstehen, wenn der Kantonsrat Hand böte, um auf dem Üetliberg diesen geplanten gigantischen Kuhhandel zu ermöglichen.

Die SVP-Vertreter im Kantonsrat haben vollkommen Recht. Die Gesetze dürfen nicht umgebogen oder umgangen werden zugunsten Einzelner; das gilt sowohl in Sachen Handelsrichterwohnsitz als auch beim Thema Üetliberg.

Hans-Peter Köhli, SVP Zürich 3

AUSFLUG DER SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Zu Besuch im Bezirk Pfäffikon

Der diesjährige Ausflug führte die SVP-Kantonsratsfraktion in den Bezirk Pfäffikon. Bei optimalen Wetterbedingungen präsentierte sich der Heimatbezirk der Kantonsräte Regula Kuhn, Stefan Krebs und Hans Heinrich Raths von seiner schönsten Seite.

gad. In aufgeräumter Stimmung versammelten sich die SVP-Mandatsträgerinnen und -träger in Begleitung ihrer Gäste zur Mittagszeit im Hauptbahnhof Zürich. Man freute sich auf ein vielversprechendes Nachmittagsprogramm und bestieg alsbald den Zug in Richtung Pfäffikon. Dort angelangt war das erste Ziel nur wenige Gehminuten entfernt – das wunderbar am Pfäffikersee gelegene Restaurant L'AQ, wo die Ausflügler ihr Mittagessen einnahmen, nachdem der neue Bezirksparteipräsident Stefan Krebs herzlich begrüsste und Gemeinderat Hans Heinrich Raths seinen Kantonsratskolleginnen und -kollegen die Gemeinde Pfäffikon näher brachte.

Betriebsbesichtigungen nach Wahl

Nach dem Mittagessen teilte sich die rund 60-köpfige Gruppe in Teilgruppen und machte sich auf, vier verschiedene Betriebe zu besichtigen. Für jeweils einen Betrieb konnten sich die Teilnehmer im Vorfeld des Fraktionsausflugs entscheiden:

- Huber + Suhner AG, Pfäffikon
- Naturschutzgebiet Pfäffikersee
- Sius AG, Effretikon
- Gasthof Rössli, Illnau

Zurück aus den unterschiedlichsten Besichtigungen wurde angeregt berichtet vom Knöchel hohen Wasser im Naturschutzgebiet – nicht optimal für Halbschuhträger – oder von der Süsswaren- und Dessertherstellung im Gasthof Rössli. Allen Berichten war die geteilte Freude über einen gelungenen, gemeinsamen Tag im Kreise der Fraktionskolleginnen und -kollegen zu eigen.

Apéro und Nachtessen im Gasthof Rössli in Illnau

Schliesslich versammelte man sich gegen den Abend im Gasthof Rössli in Illnau zum gemeinsamen Aperitif. Dabei wurde weiter vom Tag berichtet und die Geselligkeit in trauter Runde genossen bis schliesslich zum Nachtessen in den grossen Festsaal gerufen wurde. Alsbald ergriff Kantonsrätin und Mitgastgeberin Regula Kuhn das Wort, begrüsste und berichtete über den Ausflug. Darauf trug Nationalrat Max Binder einen ausgedehnten Einblick in die Illnauer Gegeben- und lokalen Besonderheiten vor – gefolgt von einer Grussadresse des Pfäffiker Bezirksparteipräsidenten und ebenfalls Mitgastgebers Stefan Krebs. Nach dem Hauptgang richtete schliesslich der Fraktionspräsident Hans Frei sein Wort an die Versammelten. Das angenehm ausgewogen gestaltete Abendprogramm, zusammengesetzt aus Reden, volkstümlichen Klängen und Kulinarischem, erlaubte es zur Freude aller immer wieder, dass sich interessante, längere und kürzere Begegnungen im und vor dem Festsaal ergeben konnten. Schliesslich fand ein durchwegs gelungener Ausflugstag der SVP-Kantonsratsfraktion mit der Rede des Parteipräsidenten Alfred Heer seinen würdigen Abschluss.

Organisator Stefan Krebs

Organisatorin Regula Kuhn weist den Weg

Regierungsrat Ernst Stocker und Parteipräsident Alfred Heer

Regula Kuhn umrahmt

Regierungsrat Markus Kägi bei der Begrüssung der Gäste

Musikalisches Zwischenspiel

In Beratung: Hans Frei, Susanne Brunner, Hans Fehr und Köbi Grimm

Fraktionspräsident Hans Frei

Vergnügliche Stimmung am Apéro

Kantonsräte Barbara Steinemann, Beat Stiefel, Claudio Schmid und Claudio Zanetti

Hansruedi Bär präsentiert das Dessert

Team des Gasthofs Rössli in Illnau

Fotoreportagen aller Art!
Unser SVP-Fotograf, Kantonsrat Christian Mettler, steht auch den Lesern des Zürcher Bote / Zürcher Bauer gerne zur Verfügung. **Anfragen:** Telefon 079 689 29 71, E-Mail: cmettler@hispeed.ch

Fadegrad

Vuvuzela-Politik

VON ROGER LIEBI

Mittlerweile weiss wohl jedermann, wann an den Finanzmärkten eine Blase im Entstehen begriffen ist, auch wenn die Schlauen meist erst nach dem Platzen erklären, dass sie es ja längst gewusst haben. Besonders kompetent geben sich dabei die Sozialisten aller Parteien, denen gerade in der Schweiz nichts zu schade ist, die aus dem Boom und der Blase entstandenen Steuererträge freihändig und noch darüber hinaus auszugeben. Blasenbildungen sind immer die Folge von Übertreibungen oder Belastungen des Systems, und es gibt sie offenbar nicht auf dem Finanzmarkt. Übertreibungsblasen stehen sinnbildlich für die in den 80er-Jahren entstandene Yuppie-Kultur. Yuppie wurde aus der englischen Abkürzung YUP abgeleitet, welche für Young Urban Professional steht. Personen also, die jung oder jung geblieben sind, in Städten wohnen, meist unverheiratet sind, gut bezahlten Berufen nachgehen und auch sehr gern konsumieren. Ist es ein Zufall, dass dieser Personenkreis dem von Politologen oft herauskristalliserten typischen SP-Wähler entspricht? Wenn dem so ist und die Entwicklung parallel verläuft, dann stehen die politischen Signale im Zeichen der Blasenbildung. Mit Blick auf die urbane (städtische) politische Entwicklung wird dies ganz offensichtlich. Jahrhundertealte funktionierende gewerbliche Werte werden eingerissen (Eigenverantwortung, Freiheit, Wohlstandsförderung, wirtschaftliche Entwicklung, tiefe Abgaben, Rechtssicherheit, Schutz des Eigentums) und gegen das Gegenteil eingetauscht: Wohlstand wird zum laut herausposaunten Schimpfwort, Freiheit durch Verbotskultur ersetzt, privatwirtschaftliche Entwicklung explizit behindert, sozialistisches Gedankengut nach und nach über die nicht so extrem tönenden Begriffe wie «Kostenmiete», «nicht gewinnorientiertes Geschäftsmodell», «staatliche Fördermassnahmen» durch die Hintertür eingeschleust. Immer stärker wird der staatliche Einfluss ausgebaut. Ja, wer wünscht sich denn eigentlich nicht bezahlbare Wohnungen? Ja, wer wünscht sich denn nicht eine Stadt ohne jeglichen Verkehrslärm? Ja, wer wünschte denn nicht vollkommen reine Luft? Nur, vor lauter Lärm um all die Versprechungen gehen die Konsequenzen dieser linksgrünen Vuvuzela-Politik unter: Firmen siedeln sich lieber ausserhalb der Stadt an, Wohlstand nimmt ab, Sozialkosten steigen, Wohnungsmieten werden durch die Allgemeinheit über steigende Steuern bezahlt, kompletter Ausstieg aus den klassischen Energien führt zu krassen Einschnitten in unsere Lebensformen – besonders dann, wenn anderswie in der Welt die Wirtschaft boomt (Asien, Lateinamerika). Wann erkennt man aber, wenn sich bei dieser Art Politik eine Blase bildet? Nun, der Höhepunkt war wohl der Mehrheitsentscheid der rotsöckigen Cüplisozialisten, den weltverschlechternden Grünen (wie war das noch mal mit der Klimaerwärmung, dem Feinstaub und dem Waldsterben?) und den grünliberalen Yuppies, dass fortan die Stadt Zürich nicht nur Heroin abgeben, sondern auch noch Cannabis verkaufen soll. Ich bin heute schon gespannt, im Budget 2011 über die neu geschaffene Stelle des Drogeneinkäufers abstimmen zu dürfen und zugleich im Budgetposten Reisekosten, die Kolumbienreisen des Einkäufers wiederzufinden.

Immer, wenn die Arroganz den Gipfel erreicht, ist die Talfahrt nicht weit.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Parlament zwischen Ohnmacht und Selbstverleugnung

Nicht zu bestreiten ist, dass der Ratsbetrieb angesichts der Halde von unbehandelten Vorstössen effizienter gestaltet werden muss. Daher wurde ein technokratischer Beschlussesantrag eingebracht, der die Ratsgeschäfte reglementieren und effizienter gestalten will. Der Rat stimmte dem zu, doch die Linke predigte Wasser und trank Cüplis.

B. IM OBERDORF GEMEINDERAT SVP ZÜRICH 12

Zu einer Demokratie gehört nun einmal die Redefreiheit; diese darf nicht technokratisch unterdrückt werden. Gerade auch die Möglichkeit der Replik macht den Ratsbetrieb lebendig und birgt jene Ungewissheit, welche dann der Politik ihren Reiz gibt und der Verdrossenheit entgegenwirkt.

Penaltyschiessen ohne Fight …

Natürlich gibt es auch langweilige Debatten zu Dingen, welche weder die Stadt, geschweige denn das Land verändern. Da könnte man – zu den Zeiten der Fussball-WM – in einer Analogie auch hingehen und sagen, dass man eigentlich von den Halbfinals an gar keine Spiele mehr austragen, sondern gleich zum Penaltyschiessen übergehen sollte, weil der langweilige Match nach Verlängerung ohnehin immer noch Null zu Null stehe. So weit geht, spitz und analog gesagt der Antrag, aber so geht es sicher nicht.

Doch alles half nichts, der Beschlussesantrag zur Abtötung der Politik wurde überwiesen und nun wird eine entsprechende Weisung ausgearbeitet – bis dahin kann also die Politik noch ihren Reiz bewahren.

… linke Praxis des Palaverns und …

Im Gegenzug bewiesen dann aber die linken Kreise, die der Effizienz das Wort redeten, wie bei ihnen die Praxis aussieht. Da palaverten sie beim Postulat zur Einrichtung einer Surf-Welle in der Limmat ewig lang und hielten dazu ökologische Lehrvorträge, obschon man sich mit der Kurzformel «eine falsche Welle am falschen Ort» hätte begnügen können. Den Vertreter der Grünliberalen hätte die Ratspräsidentin, wäre die Redezeit schon jetzt verkürzt, wegen der Redezeitüberschreitung glatt «abläuten» müssen. Da sieht man die linke Beliebigkeit in der Argumentation. In seinem letzten Votum im Gemeinderat bewies Rolf Stucker – er tritt an dieser Sitzung zurück, da er in den Kantonsrat nachrückte – beispielhaft Effizienz und sagte sachlich, kurz und prägnant, wieso eine solche Welle beim Letten mit den Quartieranliegen unverträglich sei.

In einem anderen linken Ansinnen sollten die Tramschienen – koste es was es wolle – so umgestaltet werden, dass die Velofahrer darin nicht mehr stürzen. Die Postulanten mussten sich allerdings vom Schreibenden belehren lassen, wonach die eigentliche Gefahr darin liege, dass die Velofahrer nach wie vor bei Rotlicht über die Kreuzungen rasen, dies obschon ein Vorstoss von ihm überwiesen wurde, indem verlangt wird, dass auch die Velofahrer die Verkehrsregeln einzuhalten haben.

… Sonnensegel der Willkür

Ebenso aus der rotgrünen Küche stammte auch jener Vorstoss, mit dem die Autobusse durch Trolleybusse ersetzt werden sollen. Bruno Amacker legte mit Sachkenntnis dar, warum dieses Ansinnen ein Unsinn ist. Inkonsequent ist auch hier wieder die linke Argumentation: Einmal sei man, so der Schreibende, gegen den Lärm, wenn es um das Auto oder um das Flugzeug gehe; demgegenüber sei es kein Problem für die Ruhestifter, wenn der Trolley dann mit seinem unnachahmlichen Lärm an den Fenstern vorbeiheult. Auch sei der Stromverbrauch keineswegs ökologischer, denn die Grünen würden, die Stromlücke lässt grüssen, der Kernenergie wegen den Trolleys sicher nicht unverkrampfter gegenüber stehen. «Die Linke solle wieder kommen, wenn sie einen wirklich ökologischen Vorschlag aufzuweisen hätte: Das müsse dann aber so etwas sein wie ein Trolley, der im Sonnenwind segelt.» Doch alles half nichts bei den bitteren Mehrheitsverhältnissen im Parlament.

Weiter segelte der Rat auf der Traktandenliste durch verschiedene Vorstösse aus dem Departement der Industriellen Betriebe, was bedeutete, dass Bruno Wohler seinen Sachverstand in verschiedenen Themen einbringen musste. Allein war die Aufmerksamkeit des Rates beschränkt und die Ruhe eine trügerische: Auf vielen Notebooks liefen ohnehin die Spiele der Fussball-WM.

Wo Wichtiges zur Veränderung drängt …

Und leider ist es so, dass der Rat nichts unternehmen kann, was das Land dann bewegen würde. Dazu gehörte, dass man die Interessen der Zürcher entschieden in Bundesbern vertritt. Da lässt der Gotthard wieder einmal grüssen, steht doch dort eine Totalsanierung an und würden die Grünen dazu den Tunnel am liebsten ein Jahr lang sperren.

Natürlich liegt es da auf der Hand, dass man vorgängig zur Sanierung eine zweite Röhre baut, die dann während der Sanierung zur Verfügung steht und nachher einen Beitrag zur Sicherheit leistet, weil sie den richtungsgetrennten Verkehr ermöglicht. Wenn der Tunnel danach auch in jeder Richtung nur einspurig befahren würde – mit einem Pannenstreifen – dann wäre auch der Alpeninitiative reichlich Genüge getan; doch die Ökofundamentalisten wittern bereits den vierspurigen Betrieb. Selbst dann, wenn auch diese Pannenstreifen in Zeiten grösster Schlangen vor den Portalen geöffnet würden, auf dass die stehenden Kolonnen mit den Abgasen das Vaterland nicht verpesten, würde dem Geist der Initiative entsprochen.

Somit würde gerade in dieser Hinsicht ein Leidensdruck für ein Engagement bestehen, weil man im rotgrünen Departement von Moritz Leuenberger ohne Druck nichts unternimmt: Selbst die Brandkatastrophe nach einer Frontalkollision mit gut zehn Toten konnte die Fundamentalisten nicht zur Einsicht bringen. Diese igeln sich ein im Réduit der Alpeninitiative und ignorieren, dass rund um die Schweiz die einst zweispurigen Tunnels auf vier Spuren ohne Gegenverkehr ausgebaut werden – so wie die Tauernautobahn, die das Pendant zum Gotthard darstellt: Wenn diese gefährliche Öko-Ignoranz nur nicht in austrischen Landen eines Tages zu «Schweizer Witzen» führt.

… herrscht Ohnmacht

Daher bestünde ein dringender Handlungsbedarf, also die Notwenigkeit eines politischen Druckes; doch offenbar kann das Zürcher Parlament nichts unternehmen, um die Interessen der Zürcher – und nicht nur dieser – wahrnehmen zu können: Dabei ginge es nicht nur um die Verkehrsqualität, sondern auch um die Sicherheit bei einem in Europa einzigartigen, brandgefährlichen Alpentransit.

VEREIN FÜR AKTIVE SENIOREN
www.aktive-senioren.ch

Einladung zur Jubiläums-Schifffahrt auf dem Zürichsee

Donnerstag, 12. August 2010, 14.00 Uhr

Besammlung: 13.45 Uhr Schiffsteg Bürkliplatz, Zürich

Abfahrt: 14.00 Uhr mit Extraschiff für die Aktiven Senioren (gemäss Anzeigetafel)

Rückkehr: 17.00 Uhr, Schiffsteg Bürkliplatz, Zürich

Kosten: Keine Kosten, Schifffahrt, Mineralwasser, Kaffee und Kuchen sind gratis und in der Jubiläumsfahrt inbegriffen. Weitere Getränke gehen zu Lasten der Teilnehmenden

Für weitere Informationen und Anmeldungen:
Verein für Aktive Senioren, Nüschelerstrasse 35, 8001 Zürich, Telefon 044 217 77 68.

Die Junge SVP Kanton Zürich lädt ein zum

Tax-Freedom-Day

Mittwoch, 30. Juni 2010, 18.00 Uhr
Pestalozzi-Wiese / Bahnhofstrasse,
8001 Zürich

Die Hälfte des Einkommens sind Zwangsabgaben an den Staat. Die Junge SVP Kanton Zürich kämpft deshalb anlässlich des Tax-Freedom-Days gegen den «50%-Staat» und fordert:

Lasst dem Bürger seinen Lohn!
Steuern senken, Abgaben reduzieren!

Junge SVP

Junge SVP Kanton Zürich
Wir sprechen Klartext.

LESERBRIEF

Carparkplatz und Kongresszentrum / Knotenpunkt Sihlquai – HB

Es handelt sich hier nicht um einen Parkplatz, sondern um den Car-Reise-Terminal von Zürich!

Das war schon jenen nicht bewusst, welche es versäumten, die Unterführung Sihlquai unter der Radgasse zum Terminal zu verlängern. Es war ihnen ganz offensichtlich entgangen, dass da sehr viele Passagiere von Zügen auf Cars umd vv. umsteigen. Oder es war und ist ihnen noch immer schnorz, dass von Carreisenden bei Regen, Schnee, Kälte oberirdisch zwei Strassen überquert werden müssen, oft mit viel Gepäck. Die Behandlung der Carreisenden ist schlicht eine Schande für Zürich. Jetzt sollen sie sogar noch aus dem Zentrum Hauptbahnhof, dem besten Umsteigeort, vertrieben werden. Das darf nicht geschenhen.

Der Car-Reise-Terminal muss beim Hauptbahnhof bleiben!

Und nicht nur dies: Er muss kundenfreundlicher gestaltet werden. Es braucht eine grössere Wartehalle und ein Café-Snack-Bar. Die Unterführung zur Passage Sihlquai muss nachträglich noch gebaut werden. Carreisende sind keine Dritt-Klass-Passagiere!

Und übrigens: Das Kongresszentrum gehört an den Flughafen. Die OeV-Verbindungen von und nach dort sind hervorragend. Auch Taxis hat es genügend, um spät nachts ex Niederdorf ins Kongresshotel zu gelangen.

An diesem Knotenpunkt Sihlquai/Hauptbahnhof, genau zwischen der Sihl und dem Landesmuseum, hätte ein Hochhaus als Erweiterungsbau für das Landesmuseum auch städtebaulich einen hervorragenden Standort. Der Park Platzspitz müsste nicht verschandelt werden.

Werner Wili, Zürich

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Diverse Kupfergefässe sowie Ankentöpfe, 1 bis 5 Liter; d**iverse Damen-Markenkleider:** T-Shirt, Hosen usw., Gr. 40–42. D. Maag, Obermühleweg 1, 8181 Höri, Tel. 079 623 56 68.

Original Seat Raddeckel (1 Saison gebraucht), Verkaufspreis Fr. 15.– bar, abbholbereit beim Verkäufer, Radgrösse 15 Zoll. Jeannine Stöckli, Ackerstr. 53, 8604 Volketswil, Tel. 079 714 37 57.

Diverse Kleider: Hosen, Jeans, Pulli, Shirt, Jacken (Grössen 38/40), Schuhe (Grösse 37,5), exklusive Taschen, BHs und Tanga (Grösse 85 B), neu, alles tolle Marken, günstig, Telefon 079 430 90 50.

Zu verkaufen sind **diverse Anglerartikel.** Shimano-Ruten inkl. Rollen. Preis ist Verhandlungssache. Bei Interesse bitte Telefon 079 705 02 72.

Dreieckwagen Egiberg, Grösse für 70 Kleinballen; **Ballenlift Gruse,** für feste Montage in Scheune. Gebrüder Fehr, Ossingerstr. 18, 8478 Gütighausen, Tel. 079 416 67 31.

Mastremonten, besonders günstig W. Wyler, Uster, Tel. 044 940 18 19.

Ballenladewagen New Holland mit 11 m Ballenförderband; **Kleinballenpresse** New Holand, Tel. 079 220 07 43.

2er-Pferde-Warentransporter, o. mob. Fumoir, VW LT 35, Jg. 87, 149 000 km, ab MFK, neu lackiert, mechanisch gut, Preis Fr. 4900.–. Fritz Dysler, Bahnhofstr. 49, 8305 Dietlikon, Telefon 044 833 23 31.

Ablufttumbler, Miele Special II, Fr. 100.–; **Geschirrspüler,** Miele G 890-60 SCi, Fr. 100.–; **Sonnenstore,** 5x3 m mit Elektromotor, Preis nach Vereinbarung, Telefon 079 335 47 57.

Zu verkaufen zu einem Viertel des Neupreises: **1 Felge mit Reifen,** neu, 185/55 R 15 H. Niederberger, Av. Rapille 7, 1008 Prilly, Tel. 076 541 05 83.

Motorrad Yamaha Virago XV 750, 23 500 km, Preis Fr. 3800.–, Tel. 044 950 25 22 oder 044 950 25 00

ZU KAUFEN GESUCHT

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.** Komme bei Ihnen vorbei.

044 822 26 11.

Münzen (auch ganze Sammlungen oder Erbschaften), Silber- und Goldbarren, Altgold und Altsilber zu guten Preisen. Ch. Gäumann, Tel. 079 432 48 91.

SVP-NETZWERK

SVP-Fotograf Christian Mettler steht auch Ihnen für Aufträge gerne zur Verfügung. Telefon 079 689 29 71. E-Mail: cmettler@hispeed.ch

ZU VERSCHENKEN

Neuwertiger **Gartenbank,** Länge 180 cm, geschweifte Sitzfläche und Lehne. Eug. Ledergerber, Forchstr. 223, 8704 Herrliberg, Tel. 044 915 06 60.

IMMOBILIEN

Zu verkaufen, evtl. langfristig zu vermieten schönes neueres **6,5-Zimmer-Einfamilienhaus,** Nähe **Wil SG,** im österreichischen Stil mit viel Holz, angrenzend an Grünzone, abseits vom Verkehr, sonnig gelegen, grosser Balkon, Doppel-Garage, Bezug sofort möglich. VP Fr. 865 000.–, 078 836 69 54, privat.

Zu verkaufen **älteres, vermietetes Haus** im Zentrum von Niederglatt ZH mit 1650 m² Bauland, vollständig erschlossen für 10 Wohneinheiten, Telefon 079 401 94 79.

ZU VERMIETEN

Pferdeboxe mit Auslauf. Eine Box sofort, andere ab 1. August in Rümlang. Für Freizeit oder Hobbyreiter. Adrian Wirz, Im Looren 2, 8153 Rümlang.

HILFE FÜR BAUERN

Bauern in Ecuador brauchen Hilfe. Helfen Sie mit einem Darlehen ab $ 5000.–, 8% Zins garantiert, seriöse Abwicklung in der Schweiz. Anfragen und Unterlagen: Telefon 081 413 12 03, mrohr37@hotmail.com

FREIZEIT/KONTAKTE

Fussreflexzonenmassage und Massage «Krankenkassen-anerkannt»: www.shui-spa.ch oder Shui Spa, Tel. 044 211 00 99, Augustinergasse 17, 8001 Zürich.

IHR INSERAT FÜR DEN WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert: Füllen Sie den Coupon aus und retournieren Sie ihn mit dem passenden Barbetrag.

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für nur Fr. 20.– inkl. MWSt

6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für nur Fr. 40.– inkl. MWSt

Wählen Sie bitte die gewünschte Rubrik

- zu verkaufen
- zu verschenken
- zu kaufen gesucht
- zu vermieten
- Freizeit/Kontakte
-

Anzahl der Erscheinungen ____ mal

Name

Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Einsenden an: «Zürcher Bauer/Der Zürcher Bote», Inserate, Herbert Keller, Seestrasse 95, 8800 Thalwil.

Einsendeschluss: jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Leider können wir nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag beiliegt. Besten Dank für Ihr Verständnis

Ab 1. Juli 2010 neue Adresse für die Inserat-Aufgabe

Aufgrund eines Wechsels der Anzeigenverwaltung wird ab 1. Juli 2010 für Sie Herr Willy Stähli zuständig sein.

Bitte geben Sie Ihre Inserate neu wie folgt auf:

inweb ag
Zürcher Bote
Postfach, 8153 Rümlang-Zürich

Tel. 044 818 03 07
Fax 044 818 03 08
Natel 076 326 39 59
inserate@zuercher-bote.ch

Flirten und Treffen.
Jetzt neu und kostenlos! Ganz einfach: Sende deinem Wunschdate ein E-Mail oder gib seilber dein Profil auf und freue dich auf viele neue Kontakte.
Jetzt kostenlos registrieren auf: www.chdate.ch

ZH rüstiger Senior, 68, NR., schlank, naturliebend, sucht ehrliche **liebe Partnerin** für feste Beziehung. Hobbys: Garten, Velo fahren, Wandern, und Ski fahren, Tel. 076 366 40 41 (SMS).

Kräuterwanderung
mit Salbenwerkstatt am Zürcher Rhein.
www.herbanatura.ch

ZÜRCHER BOTE/BAUER RÄTSELSPASS

DAS KÖNNEN SIE GEWINNEN:

50 FRANKEN Reka-Checks

Der Reka-Check – das touristische Zahlungsmittel

Reka-Checks sind ein Zahlungsmittel für touristische Leistungen in der Schweiz. Rund 7000 Annahmestellen in der Schweiz im Bereich Ferien, Freizeit und Reisen akzeptieren Reka-Checks wie Bargeld.

So können Sie gewinnen!

Senden Sie an die unten stehende Adresse eine frankierte Postkarte mit dem Lösungswort und der Ausgabenummer. **Einsendeschluss ist Mittwoch, 30. Juni 2010:**

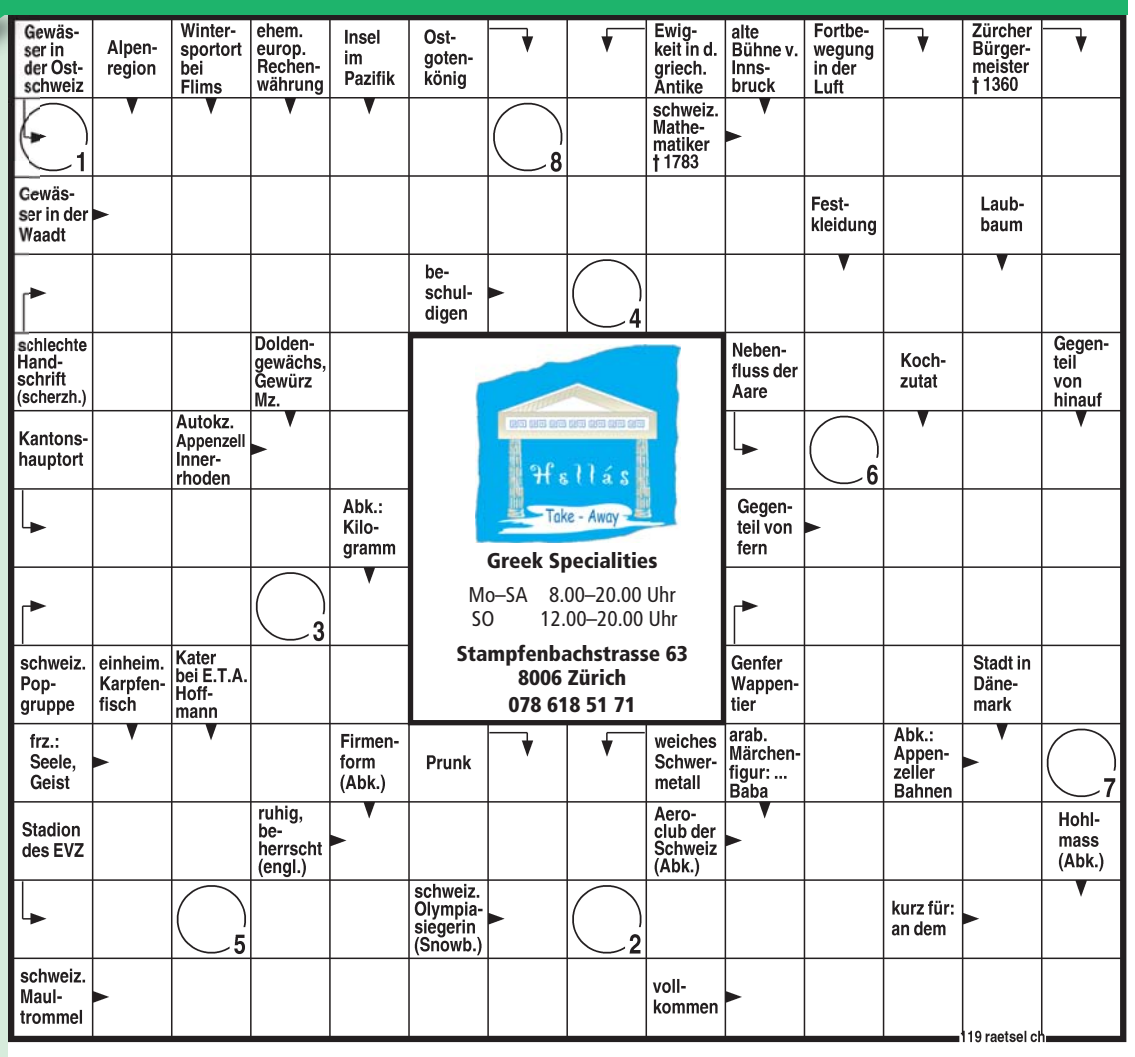
Zürcher Bote/Bauer
Wochenrätsel
Seestrasse 95
8800 Thalwil

Über das Gewinnspiel wird keine Korrespondenz geführt.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Der Gewinner aus Nr. 22/2010
Lösungswort: Pelikan

Gewinner: E. Kost, Kloten

Schwedenrätsel
Das Lösungswort ergibt sich, wenn Sie die Buchstaben aus den nummerierten Kästchen in die Lösungsfelder übertragen.



1	2	3	4	5	6	7	8

Lösungswort Woche 25/2010

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 28. Juni 2010, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeden 1. Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Hinwil / Wetzikon
Jeweils am letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Sternen, Bertschikerstrasse 10, Medikon (Wetzikon ZH).

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Meilen / Männedorf
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Illnau-Effretikon
Jeden ersten Montag im Monat, 18.30 bis 20.00 Uhr, Restaurant Rössli, Illnau, U30-Stamm (Jahrgang 1977 und jünger).

Jeden Gemeinderatsdonnerstag, 17.00 bis 19.00 Uhr, Donnerstagsapéro, QN-Bar, Effretikon.

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Altstadt, Mattenbach, Veltheim und Töss
Jeweils am letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, in der Café Bar Lifestyle, Schaffhauserstrasse 64, Winterthur.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Bernergüetli, Seuzach.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden ersten Samstag im Monat, 20.00 Uhr Parteihöck, im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 3
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

Stadt Zürich / Kreis 4/5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Zum Goldenen Fass, Zwinglistrasse 7, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Ziegelhütte (Ende Hüttenkopfstrasse, Zürich).

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Bülach / Eglisau
Samstag, 28. August 2010, ab 16.00 Uhr, bei Hansruedi Schneider, Alte Landstrasse 35, Eglisau (Moschtis Partyraum), SVP-Sommerplausch. Jedermann ist herzlich willkommen.

Bezirk Hinwil / Grüningen
Montag, 5. Juli 2010, Besuch im Kantonsrat, Zürich. Abfahrt: VZO-Kursbus, Adler 7.53 Uhr, SBB, Wetzikon – Stadelhofen. Die Reisekosten gehen zu Lasten der Teilnehmer. Werner Honegger, Bubikon, führt Sie in und Stefan Mittl, Parlamentsdienst, durch den Kantonsrat. Dauer: zirka 3 Stunden. Anschliessend genehmigen Sie im «Vordereren Sternen» eine Bratwurst mit Bürli. Es wird ein Unkostenbeitrag für die Führung, Bratwurst/Bürli und Getränke erhoben. Für SVP-Mitglireder 10 Franken und für Nichtmitglieder 15 Franken. Anmeldung bitte an Trix Zürcher, Schlüssbergstrasse 9, 8627 Grüningen, Telefon G 044 975 21 20, oder per E-Mail: trix.zuercher@bluewin.ch.

Bezirk Meilen
Mittwoch, 14. Juli 2010, ab 19.30 Uhr, Apéro (Abfahrt 19.45 Uhr), ab Schiffsteg Uetikon am See, Zürisee-Schifffahrt mit Judith Übersax, Präsidentin SVP Kanton Schwyz und Regierungsrat Ernst Stocker. Kosten pro Person: Fr. 50.– (inkl. Nachtessen). Anmeldungen bis Samstag, 10. Juli 2010 auf PC-Konto 80-52149-0. Die Platzzahl ist beschränkt. Die Anmeldungen werden nach Zahlungseingang berücksichtigt. Kontaktadresse: Theres Weber, 8707 Uetikon am See, t.f.weber@pop'.agri.ch. Parkplätze: Schiffsteg / Bahnhof in Uetikon am See.

Bezirk Meilen / Küsnacht und Erlenbach
Samstag, 17. Juli 2010, ab 18.00 Uhr, Forsthaus Erlenbach, Waldfest mit Gastreferent Nationalrat Oskar Freysinger. Es unterhält Sie die Hadliker Huusmusig. Parkplätze ab Küsnacht, Forch und Hohrüti signalisiert.

Bezirk Uster / Wangen-Brüttisellen
Samstag, 26. Juni 2010, ab 8.00–11.30 Uhr, auf dem Bauernhof der Familie Schmid, traditioneller SVP-Puurezmorge mit Produkten aus unserer Region (Dorfstrassenfest). Sie haben ausserdem die Gelegenheit zu erfahren, welche landwirtschaftlichen Produkte es vor der eigenen Haustüre zu kaufen und selber zu pflücken gibt. Alle Kinder sind eingeladen, von 10.00 bis 11.00 Uhr, eine süsse Pizza mit verschiedenen Fruchtgummis zu gestalten und natürlich zu naschen, was das Herz begehrt. Auf Ihren Besuch freut sich die Ortspartei SVP Wangen-Brüttisellen.

Stadt Zürich / Kreis 7
Sonntag, 1. August 2010, 10.00–13.00 Uhr, beim Restaurant Degenried, Degenriedstrasse 135, Zürich, 1. August-Fest mit Gastrednerin Nationalrätin Natalie Rickli. Veranstalter: Urs Fehr, Präsident Kreis 7.

Dienstag, 28. September 2010, 19.00 Uhr, Restaurant Elefant, Zürich, öffentliche Veranstaltung zum Thema «Banken / Schweiz» mit Gastredner Roger Liebi, Präsident der SVP der Stadt Züich und Nationalrat Alfred Heer, Präsident der SVP des Kantons Zürich. Veranstalter: Urs Fehr, Präsident Kreis 7.

Stadt Zürich / Kreis 9
Freitag, 9. Juli 2010, ab 18.00 Uhr, Schützenhaus Hasenrain, Albisriederstrasse 600, Zürich, Grillplausch.

Samstag, 28. August 2010, 9.00–11.30 Uhr, Albisriederstrasse 330, hinter Buswartehäuschen, Fellenbergstrasse, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 26. September 2010.

Samstag, 4. September 2010, 9.00–11.30 Uhr, Albisriederstrasse 365, vor Migros, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 26. September 2010.

Dienstag, 7. September 2010, Ausflug / Besichtigung – Details folgen.

Samstag, 11. September 2010, 9.00–11.30 Uhr, Albisiriederstrasse 365, vor Migros, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 26. September 2010.

Samstag, 18. September 2010, 9.00–11.30 Uhr, Albisriederstrasse 330, hinter Buswartehäuschen, Fellenbergstrasse, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 26. September 2010.

Donnerstag, 28. Oktober 2010, ab 18.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Badenerstrasse 357 (beim Albisriederplatz), Zürich, Höck.

Stadt Zürich / Kreis 10
Samstag, 28. August 2010, ab 16.00 Uhr, Armbrustschützenhaus Höngg, SVP-Sommer-Grill.

Stadt Zürich / Kreis 12
Freitag, 25. Juni 2010, ab 18.00 Uhr, oberhalb Restaurant Ziegelhütte, Ende Hüttenkopfstrasse am Waldrand, traditioneller Grillabend (bei jeder Witterung). Die Kreispartei 12 freut sich, Sie bei dieser öffentlichen Veranstaltung begrüssen zu dürfen.

Winterhur Stadt – Albanifest 2010
Freitag, 25. Juni 2010 bis Sonntag, 27. Juni 2010, Schweizerhütte (Stand Nr. 038; Obertor vor der Post).
Freitag, 25. Juni: 20.30 Uhr: TV-Live (Schweiz:Honduras); ab 22.30 Uhr: Live-Musik Paddy G + Band (Acoustic Rock und Cover).
Samstag, 26. Juni: ab 18.00 Uhr: DJ Bitch; bis 04.00 Uhr: DJ STQ.
Sonntag, 27. Juni: 9.30 Uhr bis 14.00 Uhr: Burezmorge mit den Gutschick-Örgeler (grosses Buffet à discrétion; pro Person 20 Franken, mit Rösti, Käse, Schinken, Champagner uvm.).
Gäste: Regierungsräte Markus Kägi und Ernst Stocker; Nationalräte Christoph Mörgeli, Toni Bortoluzzi und weitere Gäste aus Politik und Wirtschaft; ab 10.00 Uhr: Weindegustation der Vinothek Gran Reserva, Motto: Reise durch Spanien (gratis); 14.00 bis 22.00 Uhr: DJ MGB. FIFA-WM-Spiele werden live übertragen.

SVP-FRAUEN

Frauengruppe SVP Stadt Zürich
Dienstag, 29. Juni 2010, 19.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich-Wollishofen (Bus Nr. 33 bis «Thujastrasse», Parkplätze beim Haus), Höck. Ein Tisch ist im Garten reserviert. Essen und trinken nach Lust und Gluscht und auf eigene Rechnung. Es kann auch nur ein Getränk konsumiert werden. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich! Unser Gast an diesem Abend ist die neue Kantonsrätin, Susanne Brunner, Kreis 7/8.

Donnerstag, 26. August 2010, 19.30 Uhr, Albisriederplatz, Hotel Mercure Stoller, 2. Mitgliederversammlung.

Montag, 25. Oktober 2010, 19.30 Uhr, Albisriederplatz, Hotel Mercure Stoller, 3. Mitgliederversammlung.

Dienstag, 25. Januar 2011, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

SVP-Frauen Bezirk Winterhur
Dienstag, 29. Juni 2010, 19.30 Uhr, Hotel Wartmann, Rudolfstrasse 15, Winterthur (vis-à-vis Bahnhof-Parkhaus), öffentliche Veranstaltung zum Thema «Erbrecht – Tricks und Tipps». Erben ist etwas Schönes! Vererben aber auch! Dabei gibt es aber immer wieder Fragen und Unsicherheiten. Was ist vorzukehren beim Vererben und was sind die Auswirkungen beim Erben? Die beiden Winterthurer Rechtsanwälte lic.iur. Andreas Frei und lic.iur. Sylvia Frei, werden an diesem Abend die wichtigsten Facetten aufzeichnen. Alle Mitglieder der SVP des Kantons Zürich sind herzlich willkommen!

SVP-Frauen Kanton Zürich
Donnerstag, 25. November 2010, 19.00 Uhr, Weihnachtsveranstaltung. Alle Mitglieder der SVP des Kantons Zürich sind herzlich willkommen! Weitere Details folgen.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

4. SVP-Grümpelturnier
Samstag, 17. Juli 2010, ab 10.00 Uhr, Reitplatz, Winterthur-Töss, grosses SVP-Grümpi mit Festwirtschaft, Pokalen, Plausch, Musik, und vielem mehr! Kategorien: **Plausch Sie & Er** (6 Spieler, davon mindestens 2 Damen), **Männer** (keine Altersbeschränkung, 6 Spieler). Promi-Spiel mit SVP-Politikern, u.a. mit den Nationalräten Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz, Toni Bortoluzzi, Capitain FC Nationalrat, Alfred Heer, Präsident SVP Kanton Zürich und Jürg Stahl, Präsident Parlamentarische Gruppe Sport. Teilnahmegebühr: CHF 50.– pro Team. Anmeldungen ab sofort im Internet über www.svp.ch oder per E-Mail: merian@svp.ch. Auskünfte erteilt Jacqueline Merian (Telefon 031 300 58 58). Anmeldeschluss: Montag, 5. Juli 2010.

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten
Sonntag, 4. Juli 2010, **2. Ausfahrt:** Noch offen. Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 22. August 2010, **3. Ausfahrt:** Noch offen. Nähere Angaben folgen.

Höcks
Dienstag, 13. Juli 2010, 19.30 Uhr, **3. Höck,** Besenbeiz Lindenhof, Buchberg bei Eglisau.

Donnerstag, 5. August 2010, 19.30 Uhr, **4. Höck,** Restaurant Blüemlisalp, Herrliberg.

Dienstag, 7. September 2010, 19.30 Uhr, **5. Höck,** Besenbeiz Sternen, Mettmenstetten.

Jahresschlusstreffen
Freitag, 1. Oktober 2010, Ort noch offen.

Sommerreise
Samstag, 24. Juli 2010 bis Montag, 26. Juli 2010, Sommerreise ins Elsass.

VEREIN FÜR AKTIVE SENIOREN

Donnerstag, 12. August 2010, 14.00 Uhr, Schifffahrt auf dem Zürichsee. Besammlung: 13.45 Uhr Schiffsteg Bürkliplatz, Zürich. Abfahrt: 14.00 Uhr mit Extraschiff für die Aktiven Senioren (gemäss Anzeigetafel). Rückkehr: 17.00 Uhr, Schiffsteg Bürkliplatz, Zürich. Kosten: Keine (Jubiläumsfahrt). Durchführung: Die Schifffahrt wird bei jeder Witterung durchgeführt. Anmeldungen: SVP-Sekretariat, Nüschelerstrasse 35, 8001 Zürich, Telefon 044 217 77 68 oder E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660–6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,4% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Christoph Bähler (ba.), Dr. Yves Gadient (gad.)
Tel. 044 217 77 64
Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Mitarbeiter:
Claudio Zanetti (zac.)
Hans Fehr (fe.)

Inseraten-Annahme:
«Zürcher Bote», Inserate
Seestrasse 95, 8800 Thalwil
Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78
E-Mail: inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Mittwoch 15.00 Uhr
Insertionspreis 92 Rp. die einspaltige Millimeterzeile, Gelegenheitsinserate 1-spaltig bis 35 mm Fr. 30.–
+7,6% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch